

II= 5159 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE VERWALTUNG

Z1.21.891/23-4/1983

1010 Wien, den 18. März 1983

Stubenring 1
Telephon 75 00

Auskunft

--

Klappe - Durchwahl

2375/AB

1983 -03- 22

zu 2425/J

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten
Dr. Edgar SCHRANZ und Genossen betreffend
"Jahr der älteren Generation" (Nr.2425/J)

Die anfragenden Abgeordneten weisen darauf hin, daß die Vereinten Nationen im Sommer 1982 in Wien die Weltversammlung über Fragen des Alterns abgehalten und dabei einen internationalen Aktionsplan erstellt haben. Im Zusammenhang damit wird an den Bundesminister für soziale Verwaltung folgende Anfrage gerichtet:

1. Was bedeutet die Initiative der Vereinten Nationen für Österreich?
2. In welcher Form kann den verabschiedeten Empfehlungen Rechnung getragen werden?
3. Welche Maßnahmen und Aktivitäten fanden im Hinblick auf 1982 als dem Jahr der älteren Generation statt?"

In Beantwortung dieser Anfrage beehre ich mich einleitend daran zu erinnern, daß es ein Anliegen der Vereinten Nationen war, sich im Jahre 1982 im be-

- 2 -

sonderen Maße mit den sozialen, ökonomischen, politischen und wissenschaftlichen Fragen der älteren Generation auseinanderzusetzen. Die österreichische Bundesregierung hat die Gelegenheit wahrgenommen, die vorgesehene UN-Weltversammlung über Probleme des Alterns nach Wien einzuladen.

Zu den mir gestellten Fragen darf ich mitteilen:

Zu 1)

Die Initiative der Vereinten Nationen bot einerseits Österreich Gelegenheit, die Delegierten aus 122 Staaten mit der umfassenden Vorsorge und den in vielen Bereichen vorbildlichen Einrichtungen für die älteren Bürger in unserem Lande bekanntzumachen und die dabei gewonnenen Erfahrungen aufzuzeigen. Es war aber andererseits auch möglich, die österreichische Öffentlichkeit verstärkt für die Probleme und Anliegen der älteren Generation zu interessieren und vor allem die Betroffenen selbst anzusprechen. Angesichts der Tatsache, daß schon heute nahezu ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung über 60 Jahre ist und dieser Anteil noch weiter steigen wird, war es auch von Bedeutung, international anerkannte Leitlinien für die Bewältigung der sich daraus ergebenden Aufgaben zu erarbeiten.

Zu 2)

Die Tagung der Vereinten Nationen in Wien konnte - nicht zuletzt dank der Bemühungen der österreichischen Delegation - mit der Beschlußfassung über einen Weltaktionsplan zu Problemen des Alterns (in der Folge als "Wiener Aktionsplan" bezeichnet) erfolgreich abgeschlossen werden. Die darin enthaltenen Ausführungen über den demographischen Hintergrund bilden zusammen mit Prinzipien für einen sozial gesicherten Lebens-

- 3 -

abend die Grundlage für eine Reihe von Empfehlungen zu den Themen Gesundheit und Ernährung, Wohnen und Umwelt, Familie, Soziale Wohlfahrt, Einkommenssicherung und Beschäftigung sowie Erziehung. Bei der Verwirklichung des Aktionsplanes soll den Älteren bzw. ihren Organisationen eine entsprechende Teilnahme-möglichkeit eingeräumt werden.

Österreich hat diesen Weg von Anbeginn an beschritten; die volle Integration der älteren Generation in die Gemeinschaft (im besonderen auch der Frauen), der Abbau von noch immer bestehenden Vorurteilen sowie die Erhöhung der Selbstbestimmung der Älteren werden die gesellschaftspolitischen Ziele auch für die nächsten Jahre sein. Sobald die deutschsprachige Fassung des Weltaktionsplanes vorliegt, werde ich daher das österreichische Nationalkomitee einladen, seine Beratungen wiederaufzunehmen.

Zu 3)

Die Bemühungen der österreichischen Bundesregierung waren von Anbeginn darauf abgestellt, neben den zuständigen Stellen des Bundes und der Länder auch private Organisationen, vor allem aber die Betroffenen selbst in die Beratungen und Aktionen einzubinden. Erfreulicherweise wurde davon in hohem Maße auch Gebrauch gemacht. So konnten z.B. die zur Verfügung gestellten Berichte bereits im Nationalbericht mitberücksichtigt werden.

Die großen österreichischen Pensionistenorganisationen haben sich voll in den Dienst der Sache gestellt. Ihre Mitgliederzeitungen, durch die ein großer Teil der älteren Menschen in Österreich angesprochen wird, gingen ausführlich auf die UN-Weltversammlung und sich darauf beziehende Themen ein. Darüber hinaus wurden in Sondernummern den Delegierten und Gästen Alteneinrichtungen vorgestellt, wobei auch Berücksichtigungen angeboten wurden. Zahlreiche Organisationen schlossen sich dieser - vom Bundesministerium für soziale Verwaltung - geförderten Aktion an. In einer mehrsprachigen Broschüre wurden Selbsthilfemodelle (Heime, soziale Dienste, Klubs) vorgestellt und dabei auch aufgezeigt, welche Voraussetzungen zur Verwirklichung gegeben sein müssen bzw. welche Kosten dadurch entstehen.

Eine Artikelserie des Bundespressedienstes informierte im In- und Ausland. Dank der Mithilfe der Medien war es möglich, in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen immer wieder Anliegen der Älteren darzustellen und als eine die gesamte Gesellschaft betreffende Aufgabe ins Bewußtsein zu rücken. Daneben wurden die Älteren selbst angesprochen und ihnen Wege und Möglichkeiten zur verbesserten Selbstbestimmung aufgezeigt. Als Beweis für den Erfolg dieser Bemühungen mögen die vielen Veranstaltungen gelten, die im Anschluß an die Weltversammlung von den Senioren selbst durchgeführt wurden. Die Zielsetzung einer verstärkten Selbstaktivierung der Senioren wurde vom Bundesministerium für soziale Verwaltung durch die Gestaltung eines TV-Spots sowie die Durchführung eines Wettbewerbs der bildenden Künstler für Poster(Plakate) zum Thema "Man ist nie zu alt" unterstützt.

- 5 -

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch die zahlreichen einschlägigen Publikationen erwähnen, die das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung förderte, sowie die Unterstützung der wissenschaftlichen Forschung über Alternsprozesse und den Lebenslauf in biologischer, medizinischer und sozialwissenschaftlicher Hinsicht nebst der Durchführung von Modellversuchen.

Abschließend möchte ich versichern, daß ich meine Anstrengungen auch künftig darauf richten werde, auf der Grundlage der erreichten materiellen Sicherung die Integration der älteren Menschen in ihrer sozialen Umgebung zu fördern sowie diesbezügliche Initiativen zu unterstützen.

Der Bundesminister:

